



Medienkonferenz Rechnung 2019 und Entlastungsmassnahmen 2020 vom Donnerstag, 2. April 2020

REFERAT VON GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Begrüssung und Exkurs zu Corona

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz, welche unter ausserordentlichsten Bedingungen in einer Zeit stattfindet, wie wir sie noch nie erlebt haben.

Es gibt – und das gilt ganz besonders für die Wirtschaft und die Finanzen – eine «Zeit vor Corona» und eine «Zeit mit Corona». Ganz wichtig ist mir aber: Es wird eine «Zeit nach Corona» geben. Niemand weiss, wie die «Zeit nach Corona» aussieht. Aber ich hoffe, dass sie sehr rasch kommt. Und eines haben mir die letzten Wochen klar bestätigt: Es braucht einen starken Staat, in guten, vor allem aber in schlechten Zeiten.

Noch leben wir in der «Zeit mit Corona». Auch die Stadt Bern ist gefordert, ihren Beitrag in dieser ausserordentlichen Lage zu leisten. Dabei steht immer der Mensch im Mittelpunkt. Rasche Unterstützung braucht auch die Wirtschaft, damit Arbeitsplätze und Einkommen gesichert bleiben. Wir werden deshalb ausstehende Rechnungen innert Wochenfrist bezahlen, Einnahmen wie Mieten, Pachtzinse oder Gebühren wo nötig stunden und versuchen, die Berner Wirtschaft mit Aufträgen zu stützen. Das kostet Geld. Die Finanzverwaltung hat bereits 125 Mio. Franken zusätzlich aufgenommen, um die Liquidität der Stadt zu gewährleisten.

Die Wirtschaft unterstützen heisst auch, dass die Stadt nicht nur weiterhin investiert, sondern dass sie es auch rasch tut. Darum ist mir wichtig, dass die Abstimmung zur Reichenbachstrasse 118 mit einer Investition von 57 Mio. Franken so schnell wie möglich stattfindet und der Stadtrat an seiner ersten Sitzung das Kreditgeschäft Restaurant

Dählhölzli mit einer Investition von 9 Mio. Franken beschliesst. Noch in diesem Monat möchte ich im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Fonds) Projekte wie das Wettbewerbsprogramm Bümpliz-Höhe, den Projektierungskredit für die Glockenstrasse 3 – 5b und die Gesamtsanierungen des Dalmaziquai 67 sowie der Jurastrasse 60 vorantreiben. Der Fonds kann in den nächsten drei Jahren gegen 100 Mio. Franken investieren. Dafür organisieren wir die Sitzungen der Betriebskommission während der ausserordentlichen Lage digital. Dazu kommen die Investitionen aus dem Verwaltungsvermögen von rund 100 Mio. Franken pro Jahr.

Werte Anwesenden, es ist eine staatliche Pflicht, jetzt zu helfen. Mit der Konsequenz, dass wir uns zusätzlich verschulden.

Kurz nach meinem Antritt sagte ich, es werde keine Steuersenkungen geben. Das war vielleicht etwas voreilig. Heute allerdings weiss ich mit Bestimmtheit: Die Corona-Krise wird uns so stark fordern, dass die Luft für Steuersenkungen definitiv fehlt.

Inhalt der heutigen Medienkonferenz

Damit kehre ich zurück zur «Zeit vor Corona», nämlich zur Rechnung 2019 und damit verbunden zu den Entlastungsmassnahmen 2020. Dieses Paket hat der Gemeinderat geschnürt, nachdem sich vor einigen Monaten Ausfälle bei den Steuereinnahmen abzeichneten.

Im Rahmen des Rechnungsabschlusses haben wir üblicherweise auch den Finanzplan, den sogenannten Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP), vorgestellt. Die wirtschaftlichen Verwerfungen aufgrund der Corona-Krise werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Finanzplanung haben. Genauso wenig wie der Kanton können wir diese heute bereits beziffern. Deshalb hat der Gemeinderat am 1. April 2020 beschlossen, den IAFP-Prozess und den danach folgenden Budgetprozess zusammenzulegen und dem Stadtrat gemeinsam vorzulegen. Ob die Beratung von IAFP und Budget fristgerecht abgeschlossen werden kann, hängt davon ab, wann das Parlament wieder tagt.

Rechnung 2019

Die Rechnung 2019 präsentieren wir Ihnen im üblichen Rahmen. Dabei gehen wir vertieft auf die Steuereinnahmen bzw. die fehlenden Steuereinnahmen ein.

Ich nehme es vorweg: Die Jahresrechnung schliesst mit einem Defizit von 17,2 Mio. Franken ab. Als Finanzdirektor bin ich alles andere als erfreut, der Berner Bevölkerung diese Nachricht überbringen zu müssen.

Gedeckt wird dieses Defizit mit unseren Eigenmitteln. Diese betragen bisher 104 Mio. Franken und reduzieren sich jetzt auf 87,1 Mio. Franken. Insofern ist das Defizit verkraftbar. Aber wir müssen reagieren.

Was sind die Gründe für das Ergebnis? Der Gemeinderat setzt seit Jahren auf ein qualitatives und quantitatives Wachstum mit dem Ziel, die Stadt Bern weiter zu entwickeln. Zum Beispiel bei Wohnen, Kinderbetreuung, Soziales, öffentlicher Raum, Wohnumfeld oder beim Langsamverkehr. Wichtig ist dem Gemeinderat, dass Einnahmen, Ausgaben und Investitionen langfristig im Gleichgewicht bleiben.

Die Steuererträge lagen in den letzten Jahren immer über Budget. In den Jahren 2016 bis 2019 erwirtschaftete die Stadt Überschüsse von 42,6, 67,3 und 12,1 Mio. Franken. 2017 erzielten wir rekordhohe Fiskalerträge von 526,3 Mio. Franken. Die erfreuliche Entwicklung der Stadtfinanzen erlaubte es dem Gemeinderat, seine Wachstumsstrategie konsequent umsetzen.

Zwar hatten wir schon 2018 eine gebremste Zunahme der Steuererträge bei den juristischen Personen festgestellt. Als uns der Jahresabschluss 2018 vorlag, war das Budget 2019 aber bereits verabschiedet. Zudem nahm auch 2018 die Zahl der Unternehmen weiter zu. Weil es keine Anzeichen dafür gab, dass der Wirtschaftsmotor stottern würde, hat der Gemeinderat auch für 2019 steigende Steuererträge budgetiert. Bezüglich der Unternehmenssteuern war dies eine zu optimistische Einschätzung, wie sich im Nachhinein zeigte. Diese sind bei den juristischen Personen nicht eingetroffen. Die Unternehmenssteuern fallen 2019 um 35 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Die Steuererträge der Unternehmen sind schlicht und ergreifend nicht präzise berechenbar und schwanken seit jeher viel stärker als jene bei den natürlichen Personen. So kann bspw. eine Reorganisation oder eine Umstrukturierung in einem Unternehmen grosse Auswirkungen auf die Steuererträge der Stadt Bern haben, ohne dass sich die Konjunktur auch nur im Ansatz abgeschwächt hat.

Hinzu kommt, dass 2019 eine Kumulation von Steuerausfällen über mehrere wichtige Branchen hinweg stattgefunden hat.

Aber es gibt auch Positives. Bei den natürlichen Personen entwickeln sich die Steuererträge weiterhin erfreulich; wegen Vollzugsrückständen beim Kanton weisen wir aber fehlende Einnahmen bei der Quellensteuer aus.

Entlastungsmassnahmen 2020

Das Budget 2020 sah einen Überschuss von 13,1 Millionen Franken vor. Der Gemeinderat hat sofort auf den Rückgang bei den Steuereinnahmen im Jahr 2019 reagiert und im Januar die Direktionen beauftragt, Entlastungsmassnahmen für das Jahr 2020 vorzubereiten. Dies mit dem Ziel, im Jahr 2020 ein Defizit zu verhindern. Im Februar hat der Gemeinderat konkret beschlossen, 3,5 Mio. Franken beim Personal und 12 Mio. Franken nach einem fixen Quotenschlüssel zu sparen. Die Direktionen wurden beauftragt, gemäss ihren Quoten Entlastungsmassnahmen auszuarbeiten und diese umzusetzen. Dieses Vorgehen hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die einzelnen Direktionen können so in eigener Kompetenz entscheiden, welche strategischen Schwerpunkte sie setzen. Ich verzichte darauf, auf einzelne Massnahmen der Direktionen einzugehen.

Die Corona-Krise stellt uns vor eine völlig neue Situation. Dies hat zur Folge, dass die Massnahmen zum Teil überholt sind oder sich erübrigen. Sie finden die vollständige Liste in den Unterlagen. Für Details verweise ich an die zuständigen Direktionen.

Die Personalmassnahmen sind vom Gesamtgemeinderat beschlossen worden. Sie erfolgen direktionsübergreifend und in Rücksprache mit den Sozialpartnern.

Sie umfassen:

- die Einführung einer Mindestvakanz von vier Monaten bei der Wiederbesetzung von Stellen (Ausnahmen sind möglich),
- einen Stellenstopp für neue Stellen ausserhalb der Finanzplanung,
- und den Verzicht auf die Ausrichtung von Leistungsprämien.

Heute ist mehr denn je ungewiss, wie das Rechnungsjahr 2020 abschliesst. Das hängt vor allem davon ab, wie lange die Corona-Krise dauert und wie stark sich Bund und Kanton finanziell engagieren und damit Steuerausfälle reduziert werden können. Unsicherheiten gibt es auch wegen den Auswirkungen der Instrumente der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) auf die Steuern; wir rechnen im 2020 mit Steuerausfällen von 8 Mio. Franken. Wir müssen heute davon ausgehen, dass die Rechnung der

Stadt Bern trotz Entlastungsmassnahmen auch im 2020 mit einem Defizit abschliessen wird.

Fazit

Die letzte Dekade war für die Stadt finanzpolitisch erfolgreich: Es konnten Überschüsse erzielt, Schulden abgebaut, Spezialfinanzierungen gebildet und Leistungen ausgebaut werden.

Mit Corona werden das Wirtschaftswachstum und der Konjunkturaufschwung abrupt und für viele dramatisch gestoppt. Es kommen schwierige Zeiten auf uns zu und wir werden weitere, in vielen Lebensbereichen spürbare Entlastungsmassnahmen beschliessen müssen. Für die politischen Instanzen bedeutet dies eine schwierige und konfliktreiche finanzpolitische Gratwanderung.

Zum Schluss noch etwas, was mir sehr wichtig ist: Als oberster Personalverantwortlicher der Stadt nutze ich die Gelegenheit und spreche unseren Mitarbeitenden ein grosses Dankeschön aus für ihren riesigen Einsatz zur Bewältigung der Corona-Krise. Mein Dank geht auch an die Bevölkerung, welche die Massnahmen des Bundesrates mitträgt und umsetzt, und natürlich an Sie, werte Medienvertreter, welche in dieser Zeit mit Ihrer Informationsarbeit eine besonders wichtige Funktion einnehmen.